1 D 20079 E

LSI Lebensschutz-Informationen



Monatsschrift zur Rettung und Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen für Mensch + Tier + Pflanze + deren Umwelt

Herausgegeben vom
Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D

Bundesverband Deutschland e. V.

16. Jahrgang | Doppelnummer 7/8 | Juli/August 1985

Nur was zur Tat wird, findet Glauben!

Die Jahreshauptversammlung in Schwarzbach/Rhön vom 15. – 17. Juni 1985 brachte neben der Bereinigung vereinsinterner Probleme wesentliche Sachinformationen und eine gründliche Erörterung unserer zukünftigen Aufgaben. Sie brachte darüber hinaus einige Sätze, die es wert sind, festgehalten und allen Mitgliedern und Lesern zugänglich gemacht zu werden. Dazu gehörten das oben zitierte Motto dieser Ausgabe und die drei nachfolgenden Texte, der Text über die Wahrheitssuche wurde aus Österreich zugeschickt.

Zum 17. Juni

Der WSL ist angetreten, um die Zerstörung des Lebens, lebendiger Organismen und natürlicher Zusammenhänge zu verhindern. Die widernatürliche Grenze, die wir hier in Schwarzbach unmittelbar vor uns haben, ist ein Teil dieser Lebenszerstörung. Dieser Grenzziehung verdanken wir den heutigen arbeitsfreien Tag. Alle anderen Feiertage haben im Kalender einen Namen: Karfreitag, Himmelfahrt usw. Der 17. Juni ist der einzige gesetzliche Feiertag, der keinen Namen trägt. Warum und was feiern wir?

Früher hieß er „Tag der deutschen Einheit", sowohl Deutsch als Einheit scheinen unerwünscht zu sein, geblieben ist der „gesetzliche Feiertag".

Ein Tag der Lüge?

Wir alle wissen, daß der Geist der Lüge der Geist der Zerstörung ist wenn wir Leben schützen wollen, müssen wir uns vom Geist der Lüge deutlich trennen. Wer sich ein Empfinden für natürliche Zusammenhänge bewahrt hat, leidet an dieser Grenze genau so wie am Sterben unserer Wälder.

UHW

Was ist Wahrheit?

Wer sich in den Kopf setzt,
eine bestimmte Annahme zu beweisen,
ist kein Wahrheitsucher.

Das Bestreben, unter allen Umständen
und mit allen Mitteln zu erreichen,
vorgefaßten Meinungen Geltung zu verschaffen,
ist eine schlechte Wegleitung.

Der Wahrheit und damit dem Recht dient,
unter allen Umständen und mit allen Mitteln
die richtigen Tatsachen festzustellen,
aus denen sich zwangsläufig
die richtige Beurteilung ergibt.

Dieses Bestreben ist unvereinbar mit dem Wunsch,
eine schon getroffene Entscheidung
als richtig nachzuweisen.

Religion und Politik

Den Bezug zu den geistigen Hintergründen des Lebens pflegen, wird gemeinhin Religion genannt. Dies führt nicht zu einem Kampf der Konfessionen, wenn es im Sinne Gandhis verstanden wird.

Gandhi, befragt über seine Einstellung zum Christentum, antwortete:

„Ich sage zum Hindhu: Sei ein guter Hindhu,
Ich sage zum Christen: Sei ein guter Christ,
Ich sage zum Moslem: Sei ein guter Moslem.

So sage ich zu jedem, auch zum Atheisten: Lebe Deiner innersten und besten Überzeugung. Wenn das geschieht, lebt jeder das Seine und doch jeder das Gleiche.

Neues Flugblatt des WSL-D

Waldsterben und Höchstspannungs-Freileitungen

Auf den Seiten 5-8 finden Sie den Beitrag von Dipl. Ing. Werner Berends, der in Schwarzbach mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen wurde und als neues Flugblatt für den WSL herausgegeben werden soll, damit er schnell große Verbreitung findet. Sie können dieses Blatt als Sonderdruck zum Preis von DM 1,50 bei Abnahme von 10 Stück + Porto und ab 100 Stück zum Preis von DM 15,– bei der Bundesgeschäftsstelle beziehen.

Beziehen Sie diesen – bisher verschwiegenen– Faktor in die Erörterung des Waldsterbens mit ein.

Schlußbetrachtung aus dem Bericht der Präsidentin

Das, was uns und der Welt am meisten fehlt, ist eine liebevolle Zusammenarbeit unter verschiedenen Menschen, ein gemeinsames Bemühen um Wahrheitsfindung in den unterschiedlichsten Bereichen.

In § 2 „Zweck und Aufgaben" unserer Satzung heißt es in Absatz 1):

> *Der Weltbund zum Schutze des Lebens ist eine Aktionsgemeinschaft zur Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen für Mensch, Tier, Pflanze und deren Umwelt. Der WSL will in Zusammenarbeit mit allen lebens- und naturschützernden Verbänden und Einrichtungen die Gefahren, die das Leben bedrohen aufzeigen, lebensgesetzliche Erkenntnisse neu gewinnen und verbreiten, ein ganzheitliches Denken und verantwortungsbewußtes Handeln pflegen und fördern und die Ehrfurcht vor dem Leben wecken und vertiefen."*

In Punkt 2) dieses Paragraphen werden dann 10 Hauptforderungen erhoben, von denen die erste „Ehrfurcht vor dem Leben" und die zweite „Beachtung der allgemeinen Menschenrechte" nennt.

Es wird in dieser Zielsetzung des WSL von Gemeinschaft – sogar Aktionsgemeinschaft – von Zusammenarbeit, von der Pflege und Förderung ganzheitlichlichen Denkens und verantwortungsbewußtem Handeln, von Ehrfurcht vor dem Leben und Beachtung der allgemeinen Menschenrechte gesprochen. Es wird nicht von Macht- und Herrschaftsansprüchen, nicht von Pressekampagnen und Weißbüchern, nicht von der Verfolgung Andersdenkender und nicht von Diktatur gesprochen, auch nicht von der Distanzierung von historischen Personen. Eigentlich brauchen wir keinen neuen Inhalt. Wir müssen nur feststellen, daß die vorgegebene Zielsetzung bisher nicht erreicht wurde und dies, obwohl die dort aufgestellten Werte – nicht nur, weil diese Satzung noch gültig ist, sondern ganz allgemein – immer noch überlebensnotwendig sind.

Wir brauchen eine Aktionsgemeinschaft – aber wir haben sie immer noch nicht.

Wir brauchen Zusammenarbeit – aber ich habe mehr von gegen-einander arbeiten gespürt.

Wir brauchen die Pflege von ganzheitlichem Denken und verantwortungsbewußtes Handeln, aber wir haben ein Ordnungssystem gewählt, daß es Vorständen erlaubt, ganz ohne persönliche Verantwortung und sehr egozentrisch zu handeln.

Wir brauchen Ehrfurcht vor dem Leben, auch vor dem Leben und Denken anderer Menschen – Hetz- und Verleumdungsschriften sind damit unvereinbar.

Für mich stellte sich daher die Frage nach der Zukunft des WSL so dar: **Können wir es schaffen, aus der Lüge, aus dem Widerspruch von Satzungszielen und Vereinswirklichkeit herauszukommen?**

Sind wir in der Lage, wenigstens an einem Ort diese Gemeinschaft und Zusammenarbeit und Ehrfurcht vor dem Leben, verbunden mit der Pflege ganzheitlichen Denkens und verantwortungsbewußtem Handeln zu verwirklichen. Müssen wir nicht überhaupt, um glaubwürdig zu werden, erst einmal diese Forderungen an uns selbst stellen und erfüllen, bevor wir sie nach außen tragen?

Wir alle leiden an den Krankheiten und Verwirrungen unserer Zeit, wir alle wollen das gesellschaftliche Leben verändern – verbessern. Sonst wären wir wohl kaum Mitglied im Weltbund zum Schutze des Lebens geworden.

Je mehr die Umweltvergiftung um sich greift, umso mehr werden wir auch selber vergiftet und krank mit der kranken Umwelt. Wir befinden uns in einem Wettlauf mit der Krankheit.

In den letzten drei Jahren sah es so aus, als ob unser eigenes Kranksein uns bereits gänzlich kampfunfähig gemacht habe, wir uns nur noch mit uns selbst befassen konnten.

Doch der Mensch kann ja bekanntlich aus geistigen Kräften heraus sich selber auch in seiner Krankheit überwinden und Aufgaben meistern, die eigentlich gar nicht mehr zu bewältigen sind. Und manchmal hilft uns auch ein Wunder.

Ich kann mir nicht vorstellen, das diejenigen, die an der Zerstörung des WSL gearbeitet haben, dabei glücklich waren. Vielleicht haben sie wirklich gemeint, etwas für den WSL Richtiges zu tun. Nur öffentliche Beschimpfungen und Verleumdungen von Repräsentanten eines Vereins, denen man zuvor jahrelang die großartigsten Fähigkeiten und Verdienste bescheinigte, das kann wirklich in keiner Weise für den Verein förderlich sein. Hier liegt ein objektives Kriterium vor, bei dem es nicht mehr um Meinungen geht.

Für das fruchtbare Leben einer Gemeinschaft erscheinen mir Abgrenzungen unabdingbar. Abgrenzungen nicht von Menschen als Menschen, sondern von Verhaltensweisen. **In einem Club von Nichtrauchern kann und darf nicht geraucht werden. Wer das tun will, muß in den Raucherclub gehen, nicht, weil er ein schlechter Mensch ist, sondern weil er etwas tun will, was in dem Nichtraucherverein als Verhalten ausgeschlossen ist. Dies Beispiel gilt für vieles.**

In dieser Hinsicht kommen wir auch im WSL nicht um klare Entscheidungen herum, wir brauchen uns sonst keine Gedanken mehr über „Neue Wege" zu machen.

Aus dem Dargestellten ergeben sich bereits Ziele. Ich möchte sie noch einmal zusammenfassen:

1. Eine einheitliche Satzung für alle, keine Landesverbände als eingetragene Vereine. Überprüfen, ob nicht auch der Bundesverband darauf verzichten kann.
   Wir brauchen hier eigentlich nichts zu beschließen, sondern zunächst unsere Beschlüsse von 1977 durchzuführen. Das ist der erste Schritt in die Glaubwürdigkeit. (s. Übergangsregelung der Satzung von 1977)

Aus dem Inhalt — **Seite**

An den Fremdenverkehrsverband „Rhön"

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!

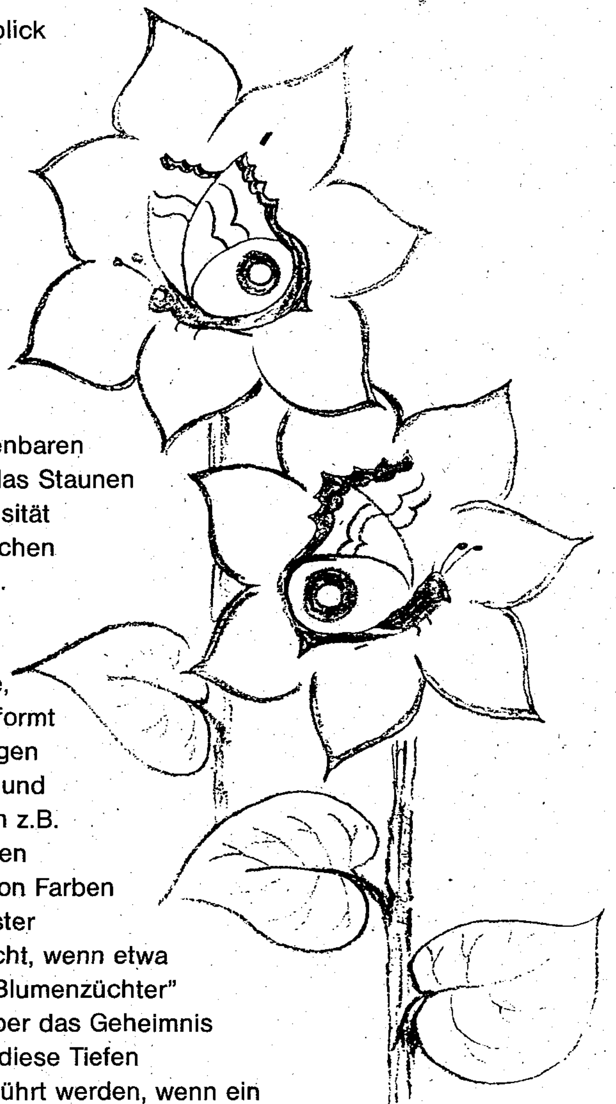
Vom 14. bis 17. Juni weilten meine Frau und ich als Gäste in Schwarzbach. Ein schöner Ort im bergigen Rhönland. Daß dort ein fleißiges Völkchen wohnt, ist sofort zu erkennen. Ich mußte an das Märchen von Frau Holle denken, wo die Fleißige mit Gold belohnt wurde. Über die Faule aber wurde Pech gegossen. Ich frage mich, warum die Schwarzbacher soviel Teer bis vor ihren Haustüren haben? Ja, nicht einmal der Friedhof wurde davon verschont.

Am Sonntag schien morgens die Sonne. Am blauen Himmel sah ich einige Kondenzstreifen von hochfliegenden Flugzeugen. Am Nachmittag lag über der Himmelsbläue ein feiner Wolkenschleier von der vielen Fliegerei. Haben Sie so etwas auch schon einmal beobachtet?

Begeistert war ich von der üppigen Wildblumenpracht vor den Dörfern. So etwas gibt es in Norddeutschland nicht. Besonders hübsch blühten die Margeriten an den Wegen. Lassen Sie die Blumenpracht auch wieder ins Dorf kommen und im Juni ein Blumenfest mit einer Margeriten-Königin feiern. Der Feiertag „17. Juni" hätte dann bei Ihnen im Kalender wieder einen Namen.

Hugo Knothe

Blumen sind schön wie die Falter!



Darf ich noch einen Augenblick
an ein Wunder erinnern,
das uns nahe liegt,
und das uns tief
ergreifen müßte,
wenn wir nur recht in
seine sinnenhafte
Erscheinung eingeführt
würden und anfingen,
darüber nachzudenken:
ich meine die Existenz
der Blütenpflanzen.

Wir müssen vor diesem offenbaren Geheimnis um uns herum das Staunen wieder lernen, das die Intensität der heutigen wissenschaftlichen Einblicke nur erhöhen kann. Da sind pflanzliche Lebensformen, die ohne anschauende Sinnesorgane, Organe zum Anschauen geformt haben – Organe, die für Augen höherer Tiere gebildet sind und eine Farbenwelt für Insekten z.B. erzeugen, die unserem Sehen unzugängliche Erlebnisse von Farben z.B. ultravioletter Blütenmuster ermöglicht. Es ist schon recht, wenn etwa Insekten oder Kolibris als „Blumenzüchter" hervorgehoben werden – aber das Geheimnis der Blüten ist tiefer, und in diese Tiefen muß unser Nachdenken geführt werden, wenn ein Verhältnis zur Natur sich ausbreiten soll, das den geistigen Grund legt für ein neues Leben der Menschen in ihrer Welt.

Adolf Portmann: Naturschutz wird Menschenschutz

---

2. Bevor wir Forderungen an andere stellen, in unserem Bundesleben verwirklichen, was wir auf Regierungsebene oder in den Parteien erwarten. Immer noch gilt, daß die Voraussetzung für eine alternative Politik der alternative Politiker ist.

3. Endlich mit dem Zerstören von Gewordenem Schluß machen. Es ist das Gegenteil von Lebensschutzarbeit. Es ist einiges, was wir gerettet haben: die LSI, die Bundesgeschäftsstelle und das Collegium Humanum mit seinem Gärtnerhof. Gerade letzteres ist schwer bedroht durch die vom WSL auf das CH übergreifenden Querelen. Hier müssen wir schützend helfen.

4. Die geistigen Hintergründe des Lebensschutzes erkennbar machen, „Ehrfurcht vor dem Leben wecken und vertiefen", heißt es in unserer Zielsetzung.

5. Ein freies Geistesleben entwickeln helfen und der Wahrheitsfindung in allen Lebensbereichen dienen; der Geist der Lüge ist zugleich der Geist der Zerstörung, mit ihm läßt sich kein Lebensschutz verwirklichen.

Dies sind meine Ergebnisse, ich nehme an, sie werden noch um manche ergänzt.

UHW

Beschlüsse der Jahreshauptversammlung am 15.-17. Juli 1985 in Schwarzbach/Rhön

- Die in den LSI Nr. 5/85 abgedruckten Anträge werden beide einstimmig angenommen.

  Der Antrag des LV-Bayern erhält noch folgende Ergänzung:

  Der LV hat weiterhin 2 stimmberechtigte Mitglieder im Bundesvorstand.

  Darüberhinaus wird beschlossen:

  - Das Präsidium teilt allen Landesverbänden mit, daß diese bis zum 1. November 1985 zu einer Mitgliederversammlung einladen, auf der die Ergebnisse von Schwarzbach mitgeteilt und erörtert werden. Vertreter des Präsidiums sollen jeweils mit anwesend sein, es müssen also die Termine mit dem Präsidium abgestimmt werden.
- In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen lädt das Präsidium – unabhängig von den juristischen Gegebenheiten alle Mitglieder zu einer solchen informativen Zusammenkunft ein, um die WSL-Aktivitäten in diesen beiden Bundesländern wieder zu beleben.

Fortsetzung auf Seite 9

Umfrage

auf der Hauptversammlung des WSL-D vom 15. Juni bis 17. Juni 1985 in Schwarzbach/Rhön

Frage an unsere Leser:

Was würden Sie antworten?

1.)

a) Ist es richtig, daß ein Teil wichtiger Informationen über Umweltprobleme inzwischen von Ministerien und halböffentlichen Stellen erfolgt?

b) Sind diese Informationen Ihrer Ansicht nach ausreichend?

c) Oder sind sie zu einseitig bzw. nicht ganzheitlich genug?

d) Oder fehlen noch wichtige Informationen, die von diesen öffentlichen Organen verschwiegen werden?

e) Sollten Sachinformationen durch den WSL Ihrer Meinung nach auch in Zukunft ein Schwerpunkt der LSI sein?

2.)

Sind Sie der Ansicht, daß in Zukunft eine stärkere Beteiligung der Mitglieder durch Umfrage in den LSI erfolgen sollte?

3.)

Gehören politische Grundsatzfragen, aus ganzheitlichem Denken gesehen, zu den Aufgaben des WSL?

4.)

Sind Sie der Ansicht, daß eine ganzheitliche Lebenssicht, die für die ökologische Politik grundlegend ist, zwangsläufig auch eine „religiöse Komponente" hat, die zu pflegen wäre?

5.)

Ist die Umweltzerstörung ihrer eigentlichen Ursache nach eine Inweltzerstörung des Menschen in unserem Industriezeitalter? Oder ist umgekehrt die Inweltzerstörung des Menschen eine Folge der Umweltzerstörung?

Wenn das Krankwerden des Menschen – krank bis in sein Denken und Fühlen hinein – die Ursache sein sollte, ist dann nicht als logische Konsequenz wichtigste Aufgabe einer Einrichtung zur Rettung des Lebens, dieser Inweltzerstörung entgegen zu wirken und sie zu heilen?

6.)

a) Sind Sie der Ansicht, daß zum Lebensschutz auch die Verhinderung von Kriegen gehört?

b) Wenn ja, sehen Sie die Ursache für Kriege einmal im Wirtschaftsinteresse von kleinen, aber mächtigen Gruppen und zum anderen in dem intoleranten und friedlosen Umgang der Menschen untereinander, wie er gegenwärtig besonders krass sich ausdrückt?

c) Ist es also auch Aufgabe eines WSL-D überall der Feindseligkeit unter Menschen entgegen zu wirken und für Verständigung bei unterschiedlich Denkenden einzutreten, also für einen wirklich friedvollen Umgang miteinander?

7.)

Sind Sie der Ansicht, daß der Kampf gegen die Atomenergie mit all ihren Konsequenzen immer noch eine zentrale Aufgabe des WSL ist und auch für die Zukunft bleiben wird?

8.)

Welchen Stellenwert geben Sie der Aufklärung und Förderung des ökologischen Landbaues als Anliegen des WSL?

Ergebnis in Schwarzbach

Dreiviertel der Anwesenden gaben jeweils die gleiche Antwort, so daß eine erfreuliche Übereinstimmung der großen Mehrheit festgestellt werden konnte.

Mit Ausnahme der Fragen 1a) und b) und 6b) wurden alle Fragen mit einem eindeutigen „ja" beantwortet. Bei der Frage 1b) sagte die gleiche Mehrheit „nein" und bei 1a) sowie 6b) wurde „ja" mit Einschränkung, Zusätzen oder auch Enthaltung festgestellt.

Beteiligung der Mitglieder an und in den LSI

Erklärung zu Punkt 2) der Umfrage:

Wir möchten noch einmal darauf hinweisen, daß es vier Möglichkeiten der Mitarbeit an den LSI gibt:

1. Ein Landesverband übernimmt für die Mitteilung an seine Mitglieder über geplante und durchgeführte Unternehmungen eine Seite als LV-Seite. Muster und Beispiel Landesverband Hamburg.
2. Es werden wichtige Lebensschutzmitteilungen aus anderen Zeitschriften oder Zeitungen als Kurzmitteilungen oder in Kurzfassung der wesentlichen Gedanken eingesandt. Es haben sich dankenswerterweise bereits für folgende Zeitungen auswertende Leser zur Verfügung gestellt: „DIE ZEIT", „NATUR", FAZ, „VDI-Nachrichten", „SÜDDEUTSCHE ZEITUNG", „HAMBURGER ABENDBLATT", „SPIEGEL".
3. Leser schreiben selber Beiträge und Berichte oder Buchbesprechungen. Hierbei ist es besonders wichtig, daß diese nicht zu lang sind: am besten immer nur eine Schreibmaschinenseite, wir haben in der Regel mehr Einsendungen als Platz zur Verfügung.
4. Leserbriefe zu Beiträgen, die in den LSI erschienen sind. Das ist wichtig, für die Verfasser und die Redaktion, damit wir sehen, ob die Leser etwas mit den gebrachten Beiträgen und Informationen anfangen können.

Für alle zur Veröffentlichung bestimmten Einsendungen gilt, daß sie nicht gemischt mit einem Brief, sondern auf einem getrennten Blatt geschrieben sein sollten, das unmittelbar zum Drucker gegeben werden kann. Wünschenswert ist dabei, daß eine kurze Überschrift darüber steht und darunter Name und Anschrift, möglichst ebenfalls mit Schreibmaschine geschrieben. Eine persönliche Unterschrift sollte unter der Maschinenschrift stehen. Wir haben keine hauptamtliche Kraft, die diese für den Drucker notwendigen Zusätze selber hinzufügt.

Wir bitten auch zu bedenken, daß nicht alles, was eingesandt wird, veröffentlicht werden kann – einfach schon aus Platzgründen –, daß es aber dennoch für die Redaktion als Anregung, Bemängelung oder Ermutigung wichtig ist.

Wir erwarten nicht, daß jeder geäußerte Gedanke jedem gleich gut gefällt. Aber in einem Bund für Lebensschutz und Lebenserneuerung sollte der Andersdenkende freundlich angenommen werden.

Beilagenhinweis:

Dieser Nr. liegt unser neuer Aufkleber zur Rettung des Waldes bei. Er ist zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle zum Stückpreis von DM 0,50. Bei Anforderung von nur 1 Stück bitte frankierten Umschlag einsenden. Schenken Sie diesen Aufkleber vor allem jungen Leuten, die heute schon als Schüler zum Vergnügen durch die Lande rasen. Vielleicht können Sie zum Nachdenken anregen.



WSL-Info XI

Waldsterben durch weltweit neu eingeführte Höchstspannungs-Freileitungssysteme, ausgelöst durch Koronaentladungen und die Folgen der Luftionisierung

Das bedrohliche Ausmass des Waldsterbens ist durch exakte Erhebungen eindeutig belegt, und deshalb wurde in der Haushaltsdebatte des Bundestages Mitte September 1984 festgestellt, dass sich die Bundesrepublik diesbezüglich «**in einem nationalen Notstand**» befindet.

Immer deutlicher zeichnen sich die typischen Schadbilder auch im Ausland ab, heisst es in einer anderen wissenschaftlichen Veröffentlichung, und es ist bekannt, dass auch Industriestaaten in anderen Erdteilen davon betroffen sind. Weil die katastrophalen Waldschäden weltweit fast gleichzeitig erst in den letzten Jahren auftraten, kann es gar nicht anderes sein, als dass ein bisher nicht bekannter oder verschwiegener Schadfaktor X hinzugekommen ist.

Von der Landesanstalt für Immissionsschutz in Nordrhein-Westfalen (LIS) wurde veröffentlicht, dass dem **Nebel** bezüglich des Waldsterbens eine wesentliche Bedeutung zukommt, da festgestellt wurde, dass er eine **weit höhere Ionenkonzentration** aufweist als der Regenniederschlag. Dadurch werden die Auswaschprozesse nach Vorschädigung der Zellmembransysteme an Baumnadeln z.B. durch Ozon erheblich verstärkt. Dieser Sachverhalt wird von vielen namhaften Forstwissenschaftlern ohne Einschränkung anerkannt.

In einem Fachbuch über «Luftelektrizität» wird mitgeteilt, dass das Interesse weiter Kreise an luftelektrischen Vorgängen im Steigen begriffen ist und der Erforschung von Luftionen, ihrer Entstehung und Vernichtung und ihrer biologischen Wirkung in der wissenschaftlichen Welt viel Raum gegeben wird.

Aus der führenden elektrotechnischen Fachzeitschrift etz ist 1980 zu erfahren, dass gegenwärtig **gigantische Pläne für eine totale Verdrahtung aller Industrieländer mit Höchstspannungs-Freileitungen** in die Tat umgesetzt werden. Es ist **wissenschaftlich unbestritten, dass an derartigen Leitungssystemen durch Koronaentladungen Ozon und Stickoxyde entstehen und die Luft durch hohe Feldstärken stark ionisiert wird.** Besonders nebliges Wetter begünstigt diese Vorgänge, welche nicht nur in Höhe der Baumkronen stattfinden, sondern häufig auch noch direkt in den Wäldern. Die längere Zeit schwebenden und deshalb mit Schadstoffen hoch beladenen Nebeltröpfchen

Gigantische Pläne für eine totale Verdrahtung aller Industrieländer mit Höchstspannungs-Freileitungen. Dadurch entstehen hohe Ionenkonzentrationen, welche die Wälder zerstören.

können dabei weitere Gifte aufnehmen und werden dabei vor allem stark ionisiert. Bei jedem natürlichen Ionisationsprozess herrscht ein Gleichgewicht zwischen positiven und negativen Ionen. An den Freileitungssystemen ist dies wegen variierender Feldstärken, nicht symmetrischer Felder, den Einflüssen der Gravitation und des Windes nicht der Fall. **Durch die gewaltigen Abmessungen der 400kV-Systeme werden besonders grosse Volumenelemente ionisiert.**

Es sind viele Versuche unternommen worden, um den **nachgewiesenen Zusammenhang zwischen dem Waldsterben und den Freilei-**

tungssystemen über die Medien **bekanntzumachen**, doch wurde bisher jeder Ansatz dazu **im Keim erstickt**. Es liegen jetzt authentische Schriftstücke vor, dass an den Leitungssystemen

Das Bekanntgeben dieser Informationen wird unterdrückt.

gegenwärtig keinerlei Untersuchungen durchgeführt werden sollen, und es gibt genügend Beweise, dass über dieses Thema eine **totale Nachrichtensperre** verhängt wurde. Auch auf den Umweltminister-Konferenzen wurde dieses Thema bisher konsequent ausgeklammert, obwohl die Informationen hierüber vorlagen.

Die in unserer Bundesrepublik neu eingeführten 400 kV-Freileitungssysteme wurden in den Reinluftgebieten des Hamburger Umlandes ausschliesslich erst in den siebziger Jahren bis 1976 in Betrieb genommen und sehr wahrscheinlich waren deshalb hier bis 1980 nicht die geringsten Waldschäden zu bemerken. In Nordrhein-Westfalen traten die neuartigen Waldschäden gemäss LIS-Bericht Nr. 28 erstmalig im Herbst 1982 schlagartig auf, und in der etz kann nachgelesen werden, dass dort wegen fortwährender grosser Schwierigkeiten beim Bau neuer leistungsstarker Verbundleitungen auf der 400 kV-Ebene Verzögerungen bis zu acht Jahren eingetreten sind. Im südlichen Schwarzwald gab es diese Systeme wegen der länderverbindenenden Aufgaben bereits sehr viel früher und deshalb die «neuartigen Waldschäden» auch schon Anfang der siebziger Jahre mit deutlichen Steigerungen ab 1975.

In der ganzen Bundesrepublik lässt sich einwandfrei nachweisen, dass es **in der Hauptwindrichtung hinter 400 kV-Systemen grundsätzlich schwerste Schäden in den Nadelwäldern** gibt, wenn diese Leitungen mindestens fünf Jahr in Betrieb waren. Im norddeutschen Flachland ist dieser Nachweis besonders leicht möglich, und es liegt hierüber eine sehr eindrucksvolle Photodokumentation vor. Von einem bekannten Biologen aus Baden-Württemberg wurden die gleichen

In der Hauptwindrichtung hinter 400 kV-Freileitungssystemen schwerste Schäden in den Nadelwäldern.

Schadensinseln oder Schadensfahnen hinter Atomkraftwerken festgestellt. Bei derartigen Anlagen befinden sich grundsätzlich grössere Umspannwerke für die 400 kV-Ebene und von dort ausgehend meist mehrere Leitungstrassen.

Über die grösste Gefahr für die Wälder, welche durch den neuartigen Schadfaktor Höchstspannungs-Freileitung ständig noch zunimmt, wird in keiner Fachdiskussion und in keiner Veröffentlichung auch nur ein Wort verloren.

Um diese **absurde Situation** zu begreifen, muss man wissen, dass das **«Europäische Forschungszentrum für Massnahmen zur Luftreinhaltung» im Kernforschungszentrum Karlsruhe angesiedelt** ist und die Verteilung der Mittel dafür die Kernforschungsanlage Jülich übernommen hat. Es wird daher verständlich, dass man immer wieder versucht, die Wälder mit Kernenergie zu retten und jede andere Massnahme dafür mehr oder weniger zu blockieren. Aus neueren Bucherscheinungen kann entnommen werden, dass wir es beim Elektrizitätskomplex mit der weitaus mächtigsten Interessengruppe der deutschen Wirtschaft zu tun haben, welche die öffentliche Meinung in ihrem Sinn beeinflusst und selbst Politiker sind gegen diesen «Staat im Staat» machtlos. Wenn es allgemein bekannt wird, dass ein neuartiges Höchst-

Das Europäische Forschungszentrum für Massnahmen zur Luftreinhaltung ist im Kernforschungszentrum Karlsruhe angesiedelt, d.h. in den Händen der Atom-Industrie

spannungs-Verbundnetz, an welches Kernkraftwerke grundsätzlich angeschlossen werden, die auslösende Ursache für das dramatische Waldsterben der letzten Jahre ist, wird die gesamte zentrale elektrische Energieversorgung und damit auch die Kernenergie infrage gestellt, wenn nicht unterirdisch verkabelt wird.

Von der Elektrizitätswirtschaft wird aber gerade diese umweltfreundliche Art der Energieübertragung grundsätzlich aus Kostengründen abgelehnt. Für die 400 kV-Ebene ist eine Verkabelung mit den bekannten Techniken aus mehreren Gründen absolut unmöglich. Es ist deshalb von grösster Bedeutung, dass vor etwa 17 Jahren ein völlig neuartiges Übertragungssystem erfunden wurde, welches gegenüber den Freileitungen 90% der sehr hohen Übertragungsverluste einspart.

Dieses Kabelsystem wurde im Auftrag des amerikanischen Electric power research Institute, Palo Alto, California, unter Federführung des Rensselaer Polytechnic Institute, Troy, New York, durch die General Electric Company, Pittsfield, Massachusets, untersucht und als hervorragend geeignet bewertet. (EPRI-Studie EL-532 vom April 1977). Der «Spiegel» berichtete hierüber ausführlich in Heft 14/1980 und ausserdem die Fernsehanstalten in mehreren Sendungen.

Wegen der Bekanntmachung dieser weltweiten Veröffentlichung brach von seiten der Elektrizitätswirtschaft, der Industrie, der Hochschulen und leider auch der Politiker ein Sturm der Entrüstung los. In zahlreichen polemisch abgefassten Zeitungsartikeln, widersprüchlichen Stellungnahmen und sog. Gutachten wurde nicht nur der «Spiegel»-Artikel verunglimpft, sondern man scheute sich auch nicht, die repräsentativsten Forschungszentren in den USA als unglaubwürdig, unsachlich und nicht kompetent zu bezeichnen. Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) versuchte in einem ebenso widersprüchlichen wie unsachlichen Mitglieder-Sonderrundschreiben, die EVU auf eine ablehnende Haltung festzulegen.

Am 27. Mai 1982 fand deshalb im Hessischen Landtag eine öffentliche Anhörung über unterirdische Hochspannungs-Leitungen statt. Die bei diesem Hearing anwesenden EVU-Experten und Hochschulprofessoren konnten keine sachlich fundierten Einwände gegen das völlig neuartige

Unterirdische Verkabelung hilft den Bäumen bei ihrem Überlebenskampf und erspart 90% der Übertragungsverluste. Damit können viele Grosskraftwerke stillgelegt werden.

Energieübertragungssystem vorbringen. Es wurde dort sogar **bestätigt, dass 90% der Übertragungsverluste eingespart und damit viele Grosskraftwerke stillgelegt werden könnten.** Als jedoch die Frage nach dem Stand der Erprobung dieses Systems erhoben wurde, war keiner der Anwesenden dazu bereit, darauf einzugehen. Für den Vorsitzenden war dies Anlass genug, die Feststellung zu treffen, dass niemand daran interessiert sei und – deshalb die Sitzung abrupt zu beenden.

Die Entwicklung dieses in jeder Beziehung optimalen Energieübertragungssystems wurde bereits in den siebziger Jahren abgeschlossen, und über die Erprobung desselben wurde in einem Gerichtsurteil des Gelsenkirchener Verwaltungsgerichts unter dem Aktenzeichen 5L 362/80 berichtet. Beigeladene des Verfahrens waren die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG. **Sowohl das Gericht als auch das EVU weigern sich beharrlich, irgendeine Auskunft** über dieses zur Erhaltung unserer Umwelt dringend benötigte Kabelsystem **zu geben.**

Dass die bedeutsamen ökonomischen und ökologischen Vorteile der neuen Erfindung bisher nicht genutzt und in den Wirtschaftsprozess eingebracht wurden, ist nur erklärbar durch die international zentralisierte Verfügungsgewalt des Kartells in der Elektrizitätswirtschaft. Wie in vielen anderen Bereichen unserer Wirtschaft ist auch in diesem zu beobachten, dass einmal in den Markt eingeführte Techniken beharrlich so lange produziert werden, wie sie Kapitalgewinn erwirtschaften. Die Schäden in den Lebensprozessen und Ökosystemen sind den primär und rücksichtslos am Kapitalgewinn Interessierten dabei offensichtlich gleichgültig.

Der Umstand, dass man den Ort und die personelle Leitung künftiger Koordinationszentren für das Waldsterben mit den vom Bund betriebenen Kernforschungs-Anlagen verbindet, macht es verständlich, dass man gegenwärtig **keine Untersuchungen an Höchtsspannungs-Freileitungssystemen** vornehmen will. **Das Thema Waldsterben durch Hochspannungsleitungen wird weiterhin totgeschwiegen, weil durch die Aufdeckung der Zusammenhänge die wirtschaftlichen Interessen der Elektrizitätswirtschaft in besonders starkem Masse berührt werden.**

Der vorstehend beschriebene sehr umfangreiche Komplex ist bereits einem grösseren Kreis von Wissenschaftlern, Politikern und Umweltschutzverbänden zugänglich gemacht worden und wurde mit grösstem Interesse aufgenommen. Umso verwunderlicher ist es, dass noch nirgendwo etwas über eine öffentliche Diskussion dieses Themas zu hören war. Es ist jedoch allgemein bekannt, dass sich das Umweltverständnis von einflussreichen Interessenverbänden vor allem dadurch auszeichnet, Unangenehmes geheimzuhalten. Als Ergebnis zeigt sich ein zunehmender Zweifel an der Glaubwürdigkeit der gesamten Umweltpolitik neuerdings auch in konservativen Kreisen.

Pressemitteilung II
(Ergänzung zur Mitteilung vom 19.9.1984)

In der am 8. und 9.11.1984 in Baden-Württemberg gerade durchgeführten Umweltministerkonferenz war das Thema Waldsterben allerdings nur von untergeordneter Bedeutung. Ausgerechnet in diesem schwer betroffenen Land war dafür nicht einmal ein Programmpunkt vorgesehen! Die mächstigste Interessengruppe der Wirtschaft setzt also ohne jede Rücksicht auf die Umwelt den Kartellbeschluss von 1972 durch, grundsätzlich neuartige Höchstleistungs-Kabeltypen erst ab 1986 einzusetzen. Das trifft gut zusammen mit dem Gelsenkirchener Gerichtsurteil von 1980, die neue Technik, Polyurethan-Hartschaum als elektrische Isolierung für leitergekühlte Kabel einzusetzen und somit Hochspannungsleitungen **zukünftig nur noch unterirdisch** zu verlegen. **Damit wird vorbehaltlos zugegeben, dass eine Verkabelung zwingend sein wird, wenn das Waldsterben durch Hochspannungs-Freileitungen allgemein bekannt ist.**

Bereits früher Hochspannungsleitungen, jedoch kam die 400 kV-Ebene, welche die Wälder zerstört, erst in den siebziger Jahren in grösserem Umfang dazu.

Hochspannungs-Freileitungen gab es zwar schon im vorigen Jahrhundert, doch sind die Spannungen im Verlauf der Jahrzehnte ständig erhöht worden. Die 400 kV-Ebene kam erst in den siebziger Jahren in grösserem Umfang hinzu.
Mit der vorstehend näher beschriebenen Wirkungsweise der überwiegend von Höchstspannungs-Freileitungen ausgehenden Gefahrenpotentiale für den Wald liegt die einzige These vor, mit der alle noch offenen Fragen beantwortet sind und die immer noch als rätselhaft bezeichneten Erscheinungsformen des katastrophalen Waldsterbens widerspruchslos erklärt werden können. Sie ist für Wissenschaftler aus den verschiedenen Fachbereichen schon deshalb akzeptabel, weil sie nicht eine der bekannten Hypothesen ausschliesst, sondern die Mitwirkung sämtlicher bekannter Schadstoffe einschliesst. Sie stellt eine Erweiterung des anerkannten Synergismus dar und zeigt eine katalysatorische (Wirkung) des naturwidrig ionisierten Nebels auf.

Der Bundesgerichtshof hat durch eine **sensationelle Entscheidung** Deutschlands Waldbesitzern, Privatleuten wie Kommunen die Möglichkeit gegeben, Staat und Industrie auf **Schadenersatz** zu verklagen, und eine Welle von Klagen rollt bereits auf Bonn zu. Schwierigkeiten kann es nur deshalb noch geben, weil allein bei der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG und deren über 150 Tochtergesellschaften mehrere tausend Politiker einen gut dotierten Platz in den Aufsichts- oder Beiräten gefunden haben («Spiegel», Heft 47/1984).

Werner Berends, Dipl.-Ing.
Alsterdorfer Strasse 385a
2000 Hamburg 60

Gekürzt und mit Zwischentiteln versehen aus «Fortschritt für alle», D-8501 Feucht/Heft 23/1984 durch UDEO-Luzern

Der gesuchte Faktor X

Saurer Regen, radioaktive Strahlung, Schwermetalle schädigen den Wald
und jede Vegetation.

Höchstspannungs-Freileitungssysteme
bringen das Faß zum Überlaufen.

Der Wald stirbt und mit ihm alles Leben,
wenn wir nicht sofort etwas dagegen tun,
dort zuerst, wo es schnell möglich ist,
wo die technischen Voraussetzungen vorliegen:
Alle Atomreaktoren stillegen,
Bei kritischem Nebelwetter sofort Abschaltung aller Höchstspannungs-Freileitungen,
Verkabelung dieser Leitungen,
Entgiften aller Großfeuerungsanlagen,
drastische Reduzierung des Flugverkehrs,
Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Straßen.

Solange wir Gelder für eine einzige zusätzliche Atomrakete ausgeben, kann niemand sagen: Wer soll das bezahlen?

**Es ist nicht eine Frage des Könnens,
sondern des Wollens.
Doch es könnte die Zeit kommen,
wo wir gerne etwas tun wollten,
aber es nicht mehr können,
weil es zu spät ist.**



Herausgeber, Verleger: WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e.V., Bretthorststraße 221 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/7330
Bankverbindung: Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15556300 (BLZ 49062112) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307
Schriftleitung: Ernst O. Cohrs, 2130 Rotenburg/Wümme, Postfach 1165, Am Bahnhof, Telefon 04261/3106
Flugblatt-Bezugsgebühr: Bis zu 10 Stück DM 0,20 pro Stück, für 100 Stück DM 15,– jeweils + Porto.

Fortsetzung **„Beschlüsse"** Seite 3

- Die Hauptversammlung stellt noch einmal ausdrücklich fest: Die Mitgliederhauptversammlung des WSL-D ist das oberste Organ des Vereins und souverän. Ihre Beschlüsse sind für alle verbindlich, auch für diejenigen, die überstimmt wurden oder nicht waren. Amtsträger, die mit den Beschlüssen der Hauptversammlung nicht einverstanden sind und diese nicht akzeptieren wollen, können nur die Konsequenz ziehen: ihr Amt niederlegen und aus dem Verein austreten.

  Sie können sich nicht zum Diktator erheben und den anderen mit Gewalt ihre Ansicht aufzwingen.
- Um die Arbeit im Präsidium auf mehrere Schultern zu verteilen, werden zwei persönliche Stellvertreter: für Michael Matthiesen, Jörg Hinrichs und für Karlheinz v. Förster, Gerhard Josewski vorgeschlagen und gewählt.
- Die nächste Hauptversammlung soll im Haus Freudenberg in Starnberg/Bayern kurz vor oder nach Pfingsten 1986 stattfinden. Für diese Hauptversammlung soll der Antrag auf Namensänderung von Baldur Springmann und der Antrag von Frau Hering „zukünftige Mitgliedschaft im WSL-INT" behandelt werden.
- Die LSI sollen ab 1986 herausgegeben werden vom WSL und COLLEGIUM HUMANUM.

Manifest zum Thema „Politik ohne Religion"

Beitrag auf der Hauptversammlung in Schwarzbach

Immer wieder wird, insbesondere auch aus den Reihen führender Politiker, der Ruf laut, Religion habe in der Politik nichts zu suchen, sie sei Privatsache und ihre Verkündigung habe auf die Gebäude der Kirchen beschränkt zu bleiben. Die Leitsätze der Bergpredigt hätten für die Politik keine Gültigkeit!

Was ist eigentlich Politik und was ist Religion, daß sie einander ausschließen oder sich sogar feindlich gegenüberstehen sollen? Politik könnte man, kurzgefaßt, als verantwortliche Staatsführung zum Wohle des einzelnen Bürgers wie auch des gesamten Volkes bezeichnen. Was aber ist die Religion?

Führen wir uns einmal vor Augen, daß der Mensch wie alles Lebendige aus der Natur stammt und in ihre Gesetze eingebunden ist, dann wird uns das Wort „Religion", das ja „Rückbindung" bedeutet, in seinem eigentlichen Ursprung klar. Denken wir nur an die Pflanze, die ihre Wurzeln in die Erde senken muß und erst dann dem Licht und der Sonnenwärme entgegenwachsen, sich entfalten und ihrer Bestimmung gemäß Blüte und Frucht tragen kann. Ebenso muß der Mensch als Naturwesen in der Schöpfung wurzeln, die ihm sein Da-Sein geschenkt hat. Ein einmaliges und sehr kostbares Geschenk, denn stellt man es neben die Vorstellung des Nicht-Seins, also des totalen Nichts, so leuchtet es auf wie ein strahlendes Auge in völliger Finsternis! Mit unserem Körper und seinen unvorstellbar komplizierten Lebensvorgängen wurden uns zugleich die wunderbaren Fähigkeiten des Sehens, Hörens, Fühlens, Schmeckens und Riechens und als Krönung des Menschseins das bewußte Denken, das Mitfühlen und Leiden, die Liebe und die Freude bis zur höchsten Glückseligkeit verliehen, mit denen wir an den Wundern der Schöpfung teilhaben können. Für dieses menschliche Dasein, meine ich, sind wir Dank schuldig und sollten allem, was lebt, im besonderen auch unserem Mitmenschen, mit Liebe und Ehrfurcht begegnen.

Was hat nun die Religion, die Bindung an unseren Ursprung, mit Politik zu tun?

Man denke einmal an das Gleichnis vom Sämann, der seine Saat auf den Felsen säte, die dann vom Winde weggeweht und von der Sonne ausgedörrt wurde, weil sie in die Felsen keine Wurzeln senken konnte. Dieser Felsen ist die materialistische Denkart, die den Ursprung allen Lebens allein auf wissenschaftlicher Basis zu erklären sucht und dabei übersieht, daß ohne die Existenz eines universellen Schöpfergeistes nichts wäre, auch der Mensch selbst nicht mit seinem unstillbaren Drang nach Erkenntnis.

Bedenken wir doch, daß unser Leben einer Natur entstammt, die nicht wir geschaffen haben. Mt ihrem unüberschaubaren, feinsinnigen Ineinanderverwobensein, kann sie der Mensch niemals in ihrer Ganzheit, sondern höchstens in Teilgebieten erfassen. Diese Natur mit ihrer ungeheuren Lebenskraft ist uns gegeben worden! Wir selbst können in Wahrheit aus eigener Kraft nicht einmal einen Grashalm, ein Blatt, eine Blüte oder auch nur einen Regenwurm erschaffen. Nur das, was uns bereits gegeben ist, vermögen wir weiterzuverarbeiten, eine Aufgabe, die groß genug ist, ein Menschenleben zu erfüllen. Wie uns die Pflanzen ständig lehren, müssen auch wir in der Schöpfung und ihren Gesetzen verwurzelt sein, wenn wir die notwendigen Kräfte entwickeln wollen, um unser Leben und darüber hinaus die Beziehungen zu anderem Leben sinnvoll zu gestalten.

Die Politik, sofern man diese als Staatsführung zum Wohle aller Bürger und Gestaltung eines harmonischen Zusammenlebens ganzer Völker begreift, bedarf deshalb in allerhöchstem Maße einer Verwurzelung in der Schöpfung und ihrer Lebensgesetze. Die heutige chaotische Weltlage und das von der Menschheit verursachte und nun sie selbst bedrohende Sterben der Natur ist nichts weiter als die unausweichliche Folgeerscheinung der materialistischen Weltanschauung derer, die sich anmaßen, die Geschicke der Völker lenken zu können, ohne den in der Natur waltenden Schöpfergeist und seine Gesetze zu beachten.

Was nottut, ist eine völlig neue Denk-Gesinnung, die der Liebe und Ehrfurcht vor dem Leben und seinem Schöpfer entspringt. Fangen wir selbst damit an!

Eine solche Geisteshaltung muß die Humanisierung aller Lebensbereiche zum Ziel haben, indem den elementaren Erfordernissen des Lebens Vorrang gegeben wird, auch im Bereich der modernen Technik und Industrie, die, wenn sie weiterhin von Machtgier und Profitsucht gesteuert wird, notwendig Gewalt, Unterdrückung und Gegengewalt erzeugen muß und niemals zu einem harmonischen Zusammenleben führen kann.

Dieser neue Geist wird uns die Kraft verleihen, in partnerschaftlichem Miteinander sinnvoll zu planen und zu arbeiten, um letztlich auch im politischen Bereich Einfluß zu gewinnen.

Ilse Bock, Hamburg 92

Island bald mit einer Hauptstadt ohne Rauch

Reykjavik (AP) In der isländischen Hauptstadt sind die ersten Zigarettenpackungen mit jenen abschreckenden bildlichen Warnungen auf dem Markt, die ein am Neujahrstag verabschiedetes Gestz den Zigarettenherstellern zwingend vorschreibt. Die von den Gesundheitsbehörden angeordneten Grafiken auf den Packungen zeigen vom Rauchen geschwärzte Lungen, einen bettlägerigen Patienten oder eine schwangere Frau, jeweils begleitet von einer schriftlichen Warnung. Die zu der schwangernen Frau gehörende lautet beispielsweise: „Rauchen während der Schwangerschaft gefährdet die Gesundheit von Mutter und Kind."

„Island hat jede Möglichkeit, die erste rauchfreie Hauptstadt der Welt zu bekommen, falls sich alle an den Bemühungen beteiligen", freute sich der eigens aus New York angereiste Arzt Alan Blum, der Medizinredakteur beim „New York State Journal" und Vorsitzender der Vereinigung DOC (Doctor Ought to Care – etwa: der Arzt sollte sich drum kümmern) ist. Blum wollte an Ort und Stelle beobachten, wie die neuen Zigarettenpackungen auf den Markt kommen, und Gespräche mit der isländischen Krebsgesellschaft und Gesundheitsbehörden führen.

Zunächst ist allerdings nur eine Zigarettenmarke, die in den USA hergestellte „Gold Coast", in der dem Gesetz entsprechend neuen Packung auf dem isländischen Markt aufgetaucht und sozusagen im Handumdrehen verkauft worden. Ob dies an dem vorläufigen Seltenheitswert des Warnaufdrucks oder an dem günstigen Preis lag, war unbekannt. Eine Packung dieser Marke kostet 61 Kronen (knapp 4,50 Mark), während für eine Pakkung „Marlboro" beispielsweise 86 Kronen (rund 6,35 Mark) zu zahlen sind.

In Island hat der Staat das Monopol für Tabak und Alkohol, wenn auch der Vertrieb ausländischer Erzeugnisse über Privatunternehmen läuft. Diese sind allerdings gehalten, sich an die Vertriebs- und Preisvorschriften des Staatsmonopols zu halten.

Nach dem zum Jahresanfang verabschiedeten Gesetz ist das Rauchen in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln verboten, und Speisegaststätten müssen „Nichtraucher"-Räumlichkeiten anbieten. Die Werbung für Tabakwaren und Spirituosen ist untersagt, obgleich in Buch- und Zeitschriftenhandlungen eine Fülle ausländischer Publikationen mit ebensolcher Werbung feilgeboten wird.

Glücklich über die Verwirklichung des neuen Gesetzes zeigte sich auch Arni Johnsen, der Vorsitzende des Anti-Raucher-Ausschusses im Alltinget, dem Parlament, ist. „Die Leute sind im allgemeinen sehr aufgeschlossen und beachten unter bestimmten Umständen das Rauchverbot", teilte er mit. Hotel- und Restauranteigentümer sind bemüht, die gesetzlichen Bestimmungen buchstabengetreu zu erfüllen. Restaurantbesitzer Olafur Laufda weiß zu berichten, daß „Nichtrauchertische" verlangt würden, „nicht viele, aber genügend, um Nichtraucherschilder auf einigen Tischen zu rechtfertigen".

Das Gesetz ist nach seinem Inkrafttreten von Johnsen als das „bisher radikalste in der Welt" bezeichnet worden. Es schreibt vor, daß alle Packungen mit Zigaretten, Zigarren, Pfeifen- und Schnupftabak eine von sechs grafischen und schriftlichen Warnungen vor schädlichen Folgen des Tabakgenusses tragen müssen. Zu den bildlichen Darstellungen gehören neben den erwähnten auch die eines erkrankten Herz- und Herzkranzsystems, entzündeter Luftwege und kleiner Kinder.

Die Kosten der neuen Warnkennzeichnung müssen von den – zumeist amerikanischen – Herstellern getragen werden.

Vorarlberger Nachrichten A-6900 Bregenz 2. Juli 1985

Erntedanktag des WSL 1985 am 6. Oktober

Die diesjährige Erntedanktag-Veranstaltung des Weltbundes zum Schutze des Lebens in der Realschule Rotenburg/Wümme wird sich mit agrarpolitischen Fragen befassen unter dem Thema:

40 Jahre verfehlte Agrarpolitik sind genug!

Wir fragen die Parteien.

Die allgemeine Lage der Landwirtschaft wird immer schwieriger. Nach unserer Ansicht trägt die allgemeine Umweltbelastung wie auch unsere Einbindung in die EG hierzu in erheblichem Maße bei.

Im Gegensatz zu manchen Politikern der letzten 40 Jahre hat der WSL immer die Aufffassung vertreten, daß der Mensch primär von einer gesunden Natur und intakten Landdwirtschaft lebt. Die Industrieproduktion, die im wesentlichen der Bequemlichkeit und einem erhöhten Wohlstand der Menschen dient, folgt erst an zweiter Stelle. Alle Wirtschaftspolitik muß sich daher an den Gegebenheiten einer heimischen Landwirtschaft orientieren.

Wir möchten jetzt schon auf diese Veranstaltung im Oktober aufmerksam machen und bitten, sich diesen Termin vorzumerken. Als Referenten sind vorgesehen: **Prof. Dr. Priebe,** Frankfurt mit einem Beitrag über „37 Jahre EG" und von den Parteien: **Landwirtschaftsminister Flessner,** CDU, Schleswig-Holstein und Landwirtschaftsminister a.D. **Hans-Peter Bruns,** SPD, Niedersachsen sowie ein Sprecher der GRÜNEN.

In Arbeitsgruppen soll über Mittag Gelegenheit gegeben werden, mit den Politikern unmittelbar ins Gespräch zu kommen.

In der Septembernummer unserer Zeitschrift wird das ausführliche Programm erscheinen.

August – Erntemonat

Wie sagte Hoffmann von Fallersleben?

„Ein Leben war's im Ährenfeld,
wie sonst wohl nirgend auf der Welt:
Musik und Kirmes weit und breit
und lauter Lust und Fröhlichkeit.

Der Käfer kam mit seiner Frau,
trank hier ein Mäßlein kühlen Tau,
und wo nur winkt' ein Blümelein,
da kehrte gleich das Bienchen ein."

Energie-Experte lehnt Hastedter Kraftwerk ab

Prof. Krause plädiert für Verzicht auf Neubau

(uw). Der weltweite Energieverbrauch wird in den kommenden Jahren durch den verstärkten Einsatz modernster Technologien weiter erheblich abnehmen. Dieser Trend, der sich mittlerweile recht deutlich abzeichnet und in den Vereinigten Staaten bereits zu einschneidenden Konsequenzen geführt hat, wird von den etablierten Wirtschaftsforschungsinstituten in der Bundesrepublik allerdings nach wie vor ignoriert. Zu dieser Schlußfolgerung kam jetzt Dr. Florentin Krause vom Freiburger Öko-Institut während eines Fachvortrages im Parlamentsgebäude zu dem die Bürgerschaftsfraktion der Grünen eingeladen hatte.

„Die Bremer Stadtwerke wären nach meiner Überzeugung recht gut beraten, auf den geplanten Neubau eines Kraftwerkblocks in Hastedt zu verzichten", stellte Krause fest, der aus der Vergangenheit mit den Verhältnissen in der Hansestadt bestens vertraut ist. Gegenwärtig arbeitet der engagierte Wissenschaftler im amerikanischen Bundesstaat Kalifornien bei einem Forschungsvorhaben mit, das Einsatzmöglichkeiten, Nutzen und Kosten alternativer Energiequellen eingehend untersucht.

Dr. Florientin Krause: „Die Amerikaner sind uns bei dieser wichtigen Frage wieder einmal um einiges voraus." Krause, der Autor des 1980 erschienenen und als richtungsweisend geltenden Buches „Energiewende" ist, sprach auf Einladung der Bürgerfraktion der Grünen. Das Thema seines Vortrages: „Wege zu einer sanften Energieversorgung".

Peter Willers von den Grünen umriß zu Beginn der Vortragsveranstaltung noch einmal die Absicht seiner Partei: „Wir wollen nun endlich die eigentlich längst überfällige Diskussion über die künftigen Formen der Energieversorgung in Bremen einleiten". Die Grünen sprechen sich nach wie vor entschieden gegen den weiteren Bau von sogenannten Großkraftwerken aus. Sie wollen die Energieversorgung dezentralisieren. So wünschen sie sich unter anderem die Errichtung von Blockheizkraftwerken in möglichst vielen Stadtteilen Bremens. Willers: „Vielleicht sieht sich der Senat durch die Haushaltsmisere veranlaßt, phantasievoll und ideenreich an die Frage der künftigen Energieerzeugung und -versorgung heranzugehen." Die Chancen der Krise nutzen, müsse das Motto für die Zukunft sein.

Dr. Krause wies in seinem Vortrag auf die Entwicklung in den Vereinigten Staaten, insbesondere in Kalifornien, in den zurückliegenden fünf Jahren hin. „Es ist inzwischen allgemeine Praxis, daß die großen Energieversorgungsunternehmen Strom zu fest vereinbarten Tarifen von sogenannten Kleinerzeugern kaufen. Das hat man sich bis vor kurzem überhaupt gar nicht vorstellen können, doch es funktioniert reibungslos."

Bei den „Kleinerzeugern" handelt es sich nach den Worten Krauses um sehr verschiedene Anbieter: Wind- und Sonnenfarmen sowie Wasserkraftwerke und Biogasanlagen. „Tatsache ist", so der Wissenschaftler, daß auf diese Weise auf den Bau von zehn Atomkraftwerken verzichtet werden konnte." Das dabei eingesparte Geld habe man an anderer Stelle wesentlich sinnvoller einsetzen können.

In seinem Vortrag wies Krause darauf hin, daß durch modernste Technologien immer mehr Energie eingespart werde. So sei die Industrieproduktion in den zurückliegenden Jahren beispielsweise beträchtlich gewachsen, ihr Stromverbrauch sei aber nahezu konstant geblieben. Der Experte: „Das muß einschneidende Konsequenzen für unsere Zukunftsplanungen haben."

Bremer Nachrichten 3.6.85

Gespräch mit Oskar Lafontaine

Lafontaine, Arbeitersohn und Jesuitenschüler, Diplomphysiker und Kommunalpolitiker war seit 1976 Oberbürgermeister von Saarbrücken. Ab 1977 wurde er Landesvorsitzender der SPD im Saarland. Seit dem 10. März 1985 ist er Ministerpräsident des Saarlandes, da er an diesem Tag einen beispiellosen Sieg für die SPD errang: Aus der Opposition heraus gelang es ihm, die absolute Mehrheit zu erreichen.

Das Journal-Panorama des österreichischen Hörfunks führte am 30.3.1985 mit Lafontaine folgendes Gespräch: (Auszugsweise Wiedergabe)

Frage des Reporters: „Sie gelten in der Bundesrepublik als einer der profiliertesten Kritiker der Atomenergie. Befürworter der Atomenergie sagen immer, das sei eine saubere Energie, sie verschmutze nicht, sei billig und sie mache vom Ausland unabhängig. Sind das Argumente, denen Sie nicht beipflichten können und warum?"

Lafontaine: „Ich habe, was die Atomenergie angeht, zunächst ein ganz einfaches Argument, das heißt: Kann ich eine Technik verantworten, die nie versagen d a r f?

Jeder, der die Atomenergie in der jetzigen Form vertritt, muß sagen: Diese Technik wird nicht versagen. Denn wenn sie versagt, in einem sogenannten GAU (**G**rößter **a**nzunehmender **U**nfall), dann wird sie ganze Landschaften für immer unbewohnbar machen, da etwa das Plutonium eine Halbwertzeit von über 24.000 Jahren hat. Dadurch wird diese Landschaft für immer vergiftet, die Nahrungsmittel, der Wasserkreislauf usw. Also sagt man, die Technik wird nicht versagen.

So ähnlich, wie man seinerzeit gesagt hat, die „Titanik" wird niemals untergehen.

Es ist also eine Frage der Zeit, bis diejenigen belehrt sind, die eben diesem Kinderglauben huldigen, daß Technik nicht versagt. Ich kann als Physiker diesen Kinderglauben nicht teilen, denn ich weiß, daß Technik immer wieder versagt. Ich weiß, daß die ausgeklügeltesten Berechnungen noch immer Fehlerquellen haben, die heute vielleicht niemand kennt. Aus diesem Grunde bin ich gegen jede Form der Atomenergie.

Das Argument, die Atomenergie sei billiger, wird schlicht dadurch widerlegt, daß beispielsweise in Hamburg, das zu großen Teilen aus Atomenergie versorgt wird, die Strompreise am höchsten sind.

Im übrigen weiß jeder Kenner, daß es heute noch kein zuverlässiges Verfahren zur Beseitigung des hochradioaktiven Mülls gibt. Wir haben Verfahren, um schwachaktiven Müll zu beseitigen, aber eben nicht den hochradioaktiven. Daran doktert man ja immer herum, und darum konnten die Kosten auch gar nicht ermittelt werden.

Die Frage ist ebenfalls nicht geklärt, wie wir auf der einen Seite der ständigen Verdatung, also dem Überwachungsstaat begegnen wollen, wenn wir auf der anderen Seite eine Technologie immer weiter entwickeln, die ohne Verdatung und Überwachung gar nicht auskommt.

Ein Terrorkomando in einem Atomkraftwerk könnte eine ganze Nation erpressen, weil solche Kraftwerke im Grunde genommen auch atomare Sprengsätze sind und zwar großer Dimensionen, viel größer als manche Sprengsätze, die auf Raketen montiert sind!

Insofern glaube ich also, daß von vielen Seiten betrachtet, die Atomenergie nicht befürwortet werden kann.

Es handelt sich um einen Irrweg der Menschheit, der schon häufig beobachtet worden ist, und der eben jetzt Dimensionen erreicht hat, von denen die Menschen keine Vorstellungen mehr haben. Die Atomenergie oder die atomare Technik überhaupt ist ein entscheidendes Beispiel.

Der Mensch überhebt sich, wenn er Techniken anwendet, die er im Grunde nicht beherrscht, und die er insoweit auch gar nicht verantworten kann.

Die Behauptung, die Atomenergie sei eine Energie, die deshalb zu bevorzugen sei, weil man von fremden Staaten unabhängig wird, ist ja auch falsch, denn das Uran muß ja auch importiert werden.

Außerdem ist nachgewiesen, daß wir die Atomenergie überhaupt nicht brauchen.

Wir brauchen sie nicht, wenn wir ernsthaft eine Energieumwandlung durchführen, das heißt immer weniger verbrauchen wollen. Da hat es ja keinen Sinn, nach dem Strickmuster zu verfahren: Wir produzieren immer mehr Strom, werben dann kräftig in Fernsehen, Illustrierten und Zeitungen, daß die Leute immer mehr Strom verbrauchen und auch noch ihre Häuser mit Strom beheizen sollen.

Wenn wir ernsthaft die Umwelt schonen wollen, dann müssen wir den Energieverbrauch zurückführen, das ist die Schlüsselformel der Energiezukunft überhaupt.

Strahlenkonservierung

ein Beitrag zur aktuellen Diskussion der Schadstoffbelastung in Lebensmitteln

von Hans Joachim Kursawa-Stucke

Februar 1985 Stiftung Verbraucherinstitut, Schutzgebühr 14,00 DM.

Der gesundheitsbewußte Verbraucher steht vor einer neuen Herausforderung. Beim Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit liegt seit geraumer Zeit ein Antrag vor, für bestimmte Gewürzimporte eine Strahlenkonservierung zuzulassen. Bisher war aus guten Gründen nach dem Lebensmittelschutzgesetz in der Bundesrepublik diese Art der Konservierung verboten. Die gesundheitliche Unbedenklichkeit ist nicht erwiesen, besonders die wertgebenden Inhaltssoffe werden geschädigt.

„Wehret den Anfängen" – dieser Grundsatz hat auch hier zu gelten. Ist erstmal eine Ausnahme gemacht, zieht diese weitere nach sich, schon um die aufwendigen Investitionen wirtschaftlich auszunutzen. Wir müssen leider wieder feststellen, daß gesundheitliche Belange in der BRD nur einen geringen Stellenwert haben gegenüber ökonomischem Vorteilsdenken.

Hier ist der Verbraucher aufgerufen, sich rechtzeitig zur Wehr zu setzen. Voraussetzung aber ist, daß er sich zuvor eingehend informiert.

Der Stiftung Verbraucherinstitut ist zu danken, daß sie dem Verbraucher das „Für und Wider" darlegt.

Wer kann Auskunft geben, wie sich Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln oder die umstrittenen Farbstoffe durch radioaktive Bestrahlung verändern? Die Problematik ist so weitschichtig, daß äußerste Vorsicht geboten ist.

In einigen Ländern wie in Holland oder Italien werden u.a. Kartoffeln, Zwiebeln, Gewürze, aber auch Hähnchen auf diese Weise haltbar gemacht. Auf Herkünfte aus diesen Ländern sollte der Verbraucher achten. Wenn auch Importe bestrahlter Lebensmittel gesetzlich nicht erlaubt sind, besteht für ihn keinerlei Sicherheit; denn es besteht weder eine Deklarationspflicht noch gibt es Untersuchungsmethoden, die Vornahme einer Bestrahlung nachzuweisen.

Bei unseren Politikern und Verwaltungsbürokraten besteht durchaus die Tendenz, im Rahmen einer wünschenswerten Harmonisierung der Gesetze der EG wesentliche Gesundheitsbelange der Bevölkerung zu vernachlässigen.

Dr. E. Siefert

Japanische Umweltpolitik

„Ein Modell für uns: Die Erfolge der japanischen Umweltpoltik"

von Shigeto Tsuru und Helmut Weidner, KIWI-Verlag

Ein Japaner und ein Deutscher haben in diesem aufsehenerregenden Werk erstmalig der bundesdeutschen Öffentlichkeit Ursache und Wirkung japanischer Umweltpolitik dargestellt.

In diesem Werk wird insbesondere den Verantwortlichen in unserem Lande gezeigt, wie nachahmenswert schnell und wirksam Umweltmaßnahmen eingeführt werden und greifen können.

Entscheidend trug zur Verbesserung und Veränderung im Denken und Handeln japanischer Eliten eine strenge, an wesentlichen Grundrechten orientierte Rechtsprechung bei. Die ehemals katastrophale Umweltsituation in Japan – wer erinnert sich nicht an die furchtbaren Bilder von der Itai-Itai- und der Minimatakrankheit befallener und geschädigter Menschen – wurde in kürzester Zeit verbessert und zwar grundsätzlich.

Japanische Richter haben erkannt, da zu offenkundig ist, daß ein lückenloser naturwissenschaftlich gesicherter Kausalnachweis der Schädigungswirkung zwischen Emittenten und Geschädigten wegen hochkomplexer Wirkungsbeziehungen in der Umwelt – die bisher von niemanden voll erkannt wurden – kaum zu erbringen ist, kann eine Abstützung der Rechtssprechung auf derartige Nachweismethoden nicht mehr ihr eigentliches Ziel, Recht zu sprechen, erreichen.

Die japanischen Richter wollten aber Gerechtigkeit walten und die Betroffenen nicht in hoffnungsloser Beweisnot verbleiben lassen, während die Schädiger, also die Verursacher, sich durch das Paragraphengestrüpp eines „Rechtsinstanzenweges" aus der Verantwortung stehlen können.

Die Freisprüche im Seveso-Prozeß und der Buschhaus-Skandal sind nur zwei Beispiele in Europa und der BRD der letzten Tage, die zeigen, wie unsere Poilitk und Rechtssprechung stets hinter den Fakten herhinkt. Die Hilflosigkeit – besser spricht man wohl von der Gerissenheit unserer Verantwortlichen angesichts längst ausgemachter Verursacher des Waldsterbens, der Wasser- und Bodenvergiftung, des Kulturbautenzerfalls und der hohen Gesundheitsschädigungsraten durch Umweltvergiftung – muß die Frage erlauben, ob nun Blindheit, Resignation oder Böswilligkeit schnelle Maßnahmen verhindern. Eifern wir eiligst den Japanern nach, dann haben wir vielleicht noch eine Chance, das Schlimmste zu verhindern. Die bitteren Tatsachen zeigen: Unser weltweit bewundertes Grundgesetz, dessen Wesensgehalt der **Schutzzweck** ist, wird zu offenkundig nicht konkretisiert.

Der Stolz auf unsere christlich-abendländische Kultur scheint oftmals kaum noch angebracht zu sein. Die Präambel unseres Grundgesetzes bindet Gesetz und Recht zwar „im Bewußtsein vor Gott und den Menschen . . .", aber beschämt müssen wir erkennen, daß ein nicht-christliches Volk und eine andere Kultur es offenkundig weit besser versteht, die höchsten Rechtsgüter zu schützen.

Man sollte wünschen, daß das vorliegende Buch allen Verantwortlichen, aber auch den Juristen, zur Pflichtlektüre wird, damit das Gewissen erwacht und endlich zu einer Zäsur im Denken, Reden und zu sofortigem Handeln zwingt.

Wolfgang Knigge, Bremen

Die Veranstaltungen des COLLEGIUM HUMANUM im 2. Halbjahr 1985

sind gekennzeichnet durch zwei Schwerpunkte:
- Bewußtseinsbildung für Lebensschutz und europäische Neuordnung
- Therapeutische Vorsorge für den Einzelnen, wobei die Vielzahl recht unterschiedlicher Angebote in freilassender Parität „jedem das Seine" ermöglicht.

(39) **22. – 28. Juli**
Yoga-Sommerwoche – „Purna Yoga" und „Bensheimer Reihe" mit *Dr. O.A. Isbert und Wolfgang Ebert*

(40) **2. – 4. August**
„Partner-Yoga"
mit *Prof. Dr. Amnuay Baddhanasiri (Thailand)*

(41) **9. – 11. August**
a) **Musik, Sprache des Weltalls – Sprache des Menschen** mit *Hermann J. Dörr*
b) **„Atem und Bewegung"**
– therapeutisches Seminar mit *Mechthild Trimborn*

(42) **16. – 18. August**
„Autogene Biodynamik" – Ratschläge zur Gesundheitsvorsorge / mit *Siegrun und Horst Dobberthien*

(43) **23. – 25. August**
Yoga, Entspannung, Meditation
ein Weg zur geistigen Selbstheilung / mit *Ruth Meyer*

(44) **30. August – 1. September**
Massage-Seminar mit *Prof. Dr. Amnuay Baddhanasiri*

(45) **1. – 6. September**
Hausmusik und naturkundliche Exkursionen
mit *Sigrid Meis*

(46) **13. – 15. September**
Das deutsch-polnische Verhältnis
Erfahrungsberichte aus Schlesien, Ostpreußen, Pommern

(47) **17. – 19. September**
Grundlagen der Vollwerternährung
Seminar für gesunde Lebensgestaltung / mit *Raimund Bachmann* (Österreich) und *Dr. med. Hermann Holtmannspötter*

(48) **16. – 22. September**
„Kann ich Aggressionen bewältigen, bei mir, bei anderen? – Seminar mit menschenkundlichen Betrachtungen, therapeutischem Malen und Übungen aus der Anthroposophie / mit *Jutta Borchart*

(49) **20. – 22. September**
„Die sanfte Erfahrung" – Die Arbeit am „Selbst" anhand verschiedener Körper- und Gefühlserfahrungen
mit *Jürgen Schröbel*

(50) **27. – 29. September**
a) **Einführung in die „Kalifornische Massage"**
(Teil I) mit *Michael Landerer*
b) **Entwicklungsgeschichte der deutschen Schrift** mit praktischen Übungen unter Anleitung von *Gisela Kunze*

(52) **7. – 12. Oktober**
Reise in die Deutsche Demokratische Republik
(Wir bitten um baldige Anmeldung)

(53) **11. – 13. Oktober**
Einführung in die „Kalifornische Massage"
(Teil II) mit *Michael Landerer*

(54) **18. – 20. Oktober**
a) **Was hat China für die Zukunft Europas zu sagen?** mit *Wolf Schenke und Anna Wang*
b) **Meditations-Seminar („Vipassana")**
mit *Prof. Dr. Amnuay Baddhanasiri (Thailand)*

(55) **25. – 28. Oktober**
Europa und Deutschtum 1200jähriger Auftrag und Fehlentwicklung? mit *Edith und Karl-Heinz Schuhmacher*

(56) **1. – 3. November**
Ethik und Ästhetik
mit *Prof. Dr. Richard W. Eichler (Unitarische Akademie)*

(57) **15. – 17. November**
Neue gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen
– direkte Demokratie – „Nachbarschaft" u.a.
– mit *Ursula Haverbeck-Wetzel/Ernst G. Kögel*

(58) **18. – 20. November**
Biologisch-dynamisches Landwirtschafts-Seminar: Schwerpunkt Viehhaltung

(59) **22. – 24. November**
a) **Neue Erkenntnisse von Astrologie und Astronomie im Wassermann-Zeitalter**
Zur Wiederkehr des Halleyschen Kometen / *Sigbert Meß*
b) **Die Heilkraft der Hände** – Zur heilwirkenden Selbst- und Partner-Behandlung mit *Rüdiger von Roden*

(60) **29. November – 1. Dezember (1. Advent)**
Ist das Christentum am Ende?
mit *Dr. Sigrid Hunke und Prof. em. Dr. Werner G. Haverbeck*

(61) **1. – 6. Dezember**
Adventliches Musizieren Studium von mehrstimmigen Sätzen aus dem Barock / mit *Sigrid Meis*

(62) **6. – 8. Dezember**
Lebensschutz oder ganzheitliche Erneuerung?
Jahrestagung des COLLEGIUM HUMANUM, einschl. Vorbereitung der Armenien-Georgienreise 6.-22.3.1986 baldige Anmeldung erwünscht.

(63) **14. – 15. Dezember**
Jugendseminar mit *Haverbeck/Kögel*

(64) **28. Dezember – 2. Januar 1986**
Zwischen den Jahren – zwischen den Zeiten
Erfahrungen der Gegenwart – Perspektiven für die Zukunft

Änderungen im Programm vorbehalten!

Einzelprogramm bitte anfordern!
(Bitte Ordnungsziffern angeben)!
Anmeldungen und Anfragen an die
Akademie für Umwelt und Lebensschutz COLLEGIUM HUMANUM, 4973 Vlotho/Weser, Ruf 05733/2680

Bei Anfragen bitte Rückporto beilegen.

Selbsterfahrung im naturgemäßen Land- und Gartenbau – Einführungskurse

Es soll jungen Menschen die Möglichkeit der Selbsterfahrung im praktischen Tun gegeben werden. Dazu gehört auch Melken, Umgang mit Hühnern und Verarbeiten von selbstangebauten Produkten.

In theorethischer Untermauerung soll das Verständnis für den ökol. Land- und Gartenbau vertieft werden.

Vom 3.9. – 10.10.1985 bitte umgehende Voranmeldung.

Unkostenbeitrag für Unterkunft und Verpflegung pro Woche DM 50,–.

Die Teilnahme an allen im Lehrgangszeitraum stattfindenden Eigenseminaren des COLLEGIUM HUMANUM ist i.d.R. kostenlos; in Ausnahmefällen ein ermäßigter Seminarbeitrag.

LESERZUSCHRIFTEN

Zu dem Beitrag in den LSI 4/85 „Zum 8. Mai 1985 – 40 Jahre danach" erreichten uns eine Vielzahl von Zuschriften, mit einer Ausnahme alle zustimmend. Da in die LSI 6 nur Zuschriften zur Weiterarbeit des WSL aufgenommen werden konnten für die Hauptversammlung, bringen wir erst in der Julinummer auf ausdrücklichen Wunsch von Prof. Kreft dessen Kritik, sowie zwei kurze Auszüge aus den zustimmenden Briefen. Wir hoffen, damit keine Leserbriefwelle auszulösen, denn die im Präsidium des WSL-D abgestimmte Darstellung zum 8. Mai wollte den Blick nicht nach rückwärts richten, sondern auf unser gegenwärtiges Fehlverhalten. Das Verhalten der Toten können wir nicht ändern, wohl aber unser eigenes. Der WSL kämpft seit nunmehr 25 Jahren gegen die Zerstörung unserer gesamten Lebensgrundlagen. Würden wir endlich Ehrfurcht vor dem Leben, Geistesfreiheit, Beachtung von Andersdenkenden, Abkehr vom krassen Materialismus zur Grundlage **unseres** Verhaltens in Politik und Gesellschaft machen, dann könnten wir mit mehr Berechtigung uns über die Sünden vorhergegangener Generationen erheben, dann brauchten wir nicht als Lebensschützer unsere ganze Zeit und Kraft in diese außerparlamentarische Opposition zu stecken.

Prof. Dr. Jürgen Kreft, Lüneburg

Sehr verehrte Frau Haverbeck-Wetzel!

Ich schreibe Ihnen, weil ich entsetzt bin über Ihren Beitrag in 4/1985 der LSI „Zum 8. Mai 1985 – 40 Jahre danach!" Ich bin Mitglied des WSL, und so ist für mich eine Äußerung seiner Präsidentin in den LSI zum 8.5. etwas, zu dem zu schweigen zuzustimmen hieße. Ich kann aber Ihren Beitrag als ganzem nicht zustimmen, vielmehr muß ich entschieden gegen ihn protestieren. Gegenüber dem meisten, was Sie schreiben, habe ich keine Einwände, aber was Sie verschweigen, halte ich für untragbar. Sie verschweigen, daß der zweite Weltkrieg als ein Angriffskrieg von Deutschland ausging und daß die angegriffenen Länder ein Mehrfaches der Opfer zu beklagen haben, die unser Krieg für uns brachte. Sie verschweigen die in den Konzentrationslagern und außerhalb umgebrachten sechs Millionen Juden, Zigeuner und Kriegsgefangenen, Opfer einer planmäßigen Ausrottung. – Ich finde es durchaus richtig, daß die Millionen genannt werden, die bei der Vertreibung und überhaupt nach dem Kriegsende umkamen oder geradezu ermordet wurden. Aber ein Satz wie: „Sicher war der 8. Mai 1945 für viele ein Tag der Befreiung von Diktatur und 'Faschismus', oder der Tag ihrer Befreiung aus deutschen Konzentrationslagern" kann nicht hingenommen werden. Hier wird unterschlagen, daß für die allermeisten Häftlinge der 8. Mai keine Befreiung mehr sein konnte, weil sie schon umgebracht waren. Außerdem erweckt Ihr Satz den Eindruck, als wäre nicht unsere Nation als ganze von der Nazi-Diktatur befreit worden, sondern nur ein Teil. Wer die Dinge so sieht, nimmt Partei für das Hitler-Regime.

Ich bin im Jahre 1927 geboren und habe Geschichte studiert. Von einer einseitigen Sicht der Vergangenheit bin ich weit entfernt, und jede Unterdrückung oder Verfälschung von Informationen, etwa über die Vertreibung oder über die Lage der Deutschen nach dem ersten Weltkrieg in den ohne Abstimmung abgetrennten Gebieten, halte ich für friedensfeindlich wie jede Manipulation der Wahrheit. Ich halte es aber gerade auch deshalb für unbedingt erforderlich, daß Sie in den LSI Ihren Beitrag entsprechend korrigieren.

Mit freundlichem Gruß
Jürgen Kreft

Prof. Dr. G. Wellenstein, Freiburg

„Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem einleitenden Artikel „Zum 8. Mai – 40 Jahre danach!" Er unterscheidet sich wohltuend von den meisten Verlautbarungen, mit denen unsere Journalisten die Vergangenheit bewältigen! Ich habe Ihren Artikel abgelichtet und die Kopie dem Chefredakteur der Badischen Zeitung geschickt als Beispiel, wie man sich zur 40. Wiederkehr des deutschen Zusammenbruchs äußern sollte."

Wolfgang Schenke, Neue Politik, Hamburg

„Ihr Kommentar zum 8. Mai 1985 in den LSI Nr. 4 ist das erste vernünftige und menschliche Wort, das mir unter den vielen, vielen Äußerungen zu dem Thema bisher untergekommen ist. Ich möchte nicht versäumen, Ihnen meine Anerkennung und Zustimmung hiermit mitzuteilen.

Wichtig ist auch die Bemerkung über die Urteilsfähigkeit der ab 1925 oder 1930 Geborenen. So gut wie niemand von ihnen kann – leider – ein ernstzunehmendes Urteil haben, weil schon die Urteilsgrundlagen ja fehlen. Das heißt, das selbst der Gutwillige, der sich ein eigenes Urteil bilden möchte, schwer zur Beurteilung von Position und Gegenposition kommt, da viele Tatsachen bis heute unterdrückt sind.

Neuerdings gefällt man sich in dieser „Demokratie" ja auch darin, Bücher zu verbieten."

Landesverband Hamburg

Die INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT lädt zur „Internationalen Sommerschule für junge Frauen" zu einer **WOCHE INTERNATIONALER GEMEINSAMKEIT** ein, die in MÜNCHEN vom 15. bis 24. August stattfindet. Es werden u.a. Themen wie Weltwirtschaftskrise, Rüstungswettlauf, Rassismus, Gewalt in den Medien etc. behandelt.

Die Kosten einschl. Unterkunft und Verpflegung belaufen sich auf DM 50,– pro Tag. Bei eigener Unterkunft oder Bitte um Privatunterkunft bei Anmeldung verringert sich der Betrag entsprechend.

Frühzeitige Anmeldung erbeten bei: Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutsche Sektion, Weseler Weg 2, 4005 Meerbusch.

Botanischer Verein zu Hamburg e.V.

Was ist und will der Botanische Verein?

Mit unseren sommerlichen naturkundlichen Streifzügen möchten wir das Interesse an der Natur wecken und vertiefen.

Dies wird im Umfeld einer Großstadt aber immer mühsamer. Allein in Schleswig-Holstein finden sich 44%der höheren Pflanzenarten in der ROTEN LISTE.

Naturschutz kann sich aber nicht mit dem Kennenlernen von Arten, ihrer Bedrohung und dem Bedauern dieses Zustandes erschöpfen.

Im Rahmen der Mitwirkungsmöglichkeiten von Naturschutzverbänden in Hamburg, als Mitgliedsverband im Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein und durch Betreuung von Gebieten bemühen wir uns, unseren Beitrag zum Naturschutz zu leisten.

Interessenten für das umfangreiche Sommer-Programm des Botan. Vereins Hamburg wenden sich bitte an: Gabrielle Martienssen, Brunskrogweg 19, Hamburg 65, Tel.: 6051985.

Gorleben

LESERBRIEF an die Elbe-Jetzel-Zeitung

Betr.: CDU gegen Öffentlichkeit – EJZ, 19.Juni 1985

Die CDU-Mehrheit hat für den 1.7.d.J. eine nichtöffentliche Anhörung zum geplanten Endlager Gorleben vor dem Umweltausschuß des Niedersächsischen Landtages beschlossen und die honorigen Wissenschaftler Prof. Grimmel und Prof. Hermann nicht zugelassen. – Der Bürger, oft zitierter und wenig beachteter „Souverän" der Demokratie bleibt vor der Tür, wenn zu einem schwebenden Verfahren unter Ausschluß „kompetenter" Wissenschaftler über Lebensfragen der Bevölkerung diskutiert wird.

Wenn die Herren Albrecht, Hasselmann und Grill das Bedürfnis haben, über das vorgesehene Atommüll-Endlager Gorleben zu reden, mögen sie sich mit einem Moderator ihrer Wahl unter Assistenz ihrer favorisierten Wissenschaftler an einem beliebigen Ort im Kreis Lüchow-Dannenberg öffentlich Kritikern des Projektes stellen. Sie könnten dann auch dabei „Gradlinigkeit" und „gutes Gewissen" demonstrieren. In seinem Brief v. 11.02.85 bedankt sich nämlich Hasselmann bei den Mitgliedern des Kreisverbandes Lüchow-Dannenberg betr. WAA „für die Gradlinigkeit und tapfere Haltung eines jeden von Ihnen an der Seite der Union und der Landesregierung ... Ernst Albrecht und ich drücken Ihnen die Hand . . ."

Welch eindrucksvolle Beweise von „Gradlinigkeit": Anfang 1977 forderte „Landesvater" Albrecht, sämtliche Brennelemente westdeutscher Atomreaktoren zur **Wiederaufbereitung** und **Endlagerung** des Atommülls in die **USA** zu verschiffen, denn jeder Staat, der eine Wiederaufbereitungsanlage baue, werde zur **potentiellen Atommacht.** Bald darauf befürworteten jedoch Albrecht, Hasselmann und die CDU samt Grill ein „nukleares Entsorgungszentrum" bei Gorleben. – Wiederum „gradlinig" erklärte Albrecht wenig später, das Projekt sei „politisch nicht durchsetzbar". In dieser Generation werde im Landkreis Lüchow-Dannenberg keine Wiederaufbereitungsanlage gebaut. Mit Schreiben vom 21.05.85 versicherte Albrecht Samtgemeindebürgermeister Ratje, Gartow, **verbindlich,** „daß die Landesregierung einem etwaigen Antrag auf Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage im Landkreis Lüchow-Dannenberg **auf keinen Fall zustimmen wird...**" – Doch auch diese „Gradlinigkeit" war nur von kurzer Dauer. Plötzlich war Albrecht für den Standort Dragahn, vielleicht in der Vorstellung, dieser Ort liege nicht im Kreis Lüchow-Dannenberg. Die Auseinandersetzungen wegen seines Wortbruches mit evangelischen Geistlichen ist ebenso bekannt wie der wiederholte Vorwurf, er habe gelogen (Amtliches Wortprotokoll zum atomrechtlichen Erörterungstermin WAA Dragahn, März 1984).

„Die Bedrohung unseres Lebensraumes ist so ernst, daß wir uns Politiker, die lügen, nicht mehr leisten können". (Prof. **G. Picht,** Südd. Rundfunk, 8.10.1972).

Erika Schröder
Gesellschaft für Lebens- u. Umweltschutz e.V., Göttingen

Ernst-Otto Cohrs
Mitglied des Präsidiums des WSL, Bundesverband Deutschland e.V.

Gesundheit und Erholung

– AUSLAND –

– INLAND –

Geschäftliche Empfehlungen

Wohin mit dem grünen Geld inmitten einer schwarzen Republik?

Ökobank gründen!



Dies ist ein Aufruf an alle Sympathisanten, sich an der Gründung der Ökobank zu beteiligen. Obwohl ein Teil des erforderlichen Genossenschaftskapitals von 6 Mio Mark bereits auf das Treuhandkonto eingezahlt wurde, fehlt noch eine Menge. Mit 100 Mark oder einem Vielfachen davon können Genossenschaftsanteile erworben werden und die Bewegung ihrem Ziel näherbringen - der eigenen Bank. Dann endlich können alternative Initiativen und Wirtschaftsprojekte aus eigener Kraft finanziert werden. Ihre Einzahlungen erbitten wir auf das HTS-Treuhand GmbH - Anderkonto Nr. 415 175-609 beim Postgiroamt Frankfurt (BLZ 50010060). Detaillierte Informationen über Ziele und Gründung der Ökobank schickt Ihnen gegen einen Kostenbeitrag von 3 Mark der Ökobankverein, Postfach 51255, 6370 Oberursel.



Abdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Herausgeber, Verleger: WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, Bundesverband Deutschland e.V., Bretthorststraße 221 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/7330
Bankverbindung: Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15556300 (BLZ 49062112) · Postscheckkonto Hannover Nr. 2949-307
Schriftleitung: Ernst O. Cohrs, 2130 Rotenburg/Wümme, Postfach 1165, Am Bahnhof, Telefon 04261/3106
Anzeigen: Frieda Klinksiek-Jonigkeit Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 05733/7330
Bezugsgebühr: jährlich 20,– DM einschl. 6,5% MWSt. Erscheint einmal monatlich.
Druck: Deppe + Hölscher-Druck · Buch- + Offsetdruck · Lange Straße 94 · 4973 Vlotho · Telefon 05733/5010
Umweltschutzpapier aus 100% Altpapier – hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung.